

Dr. med. Norbert Scholz

Prüfungsfragen für die Podologie

Ergänzungsband zum
„Lehrbuch und Bildatlas
für die Podologie“



Verlag Neuer Merkur GmbH

Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Verlag Neuer Merkur GmbH

Verlagsort: Postfach 46 08 05, D-80916 München

Alle Urheberrechte vorbehalten. Vervielfältigungen bedürfen der besonderen Genehmigung.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Angaben, Ergebnisse usw. wurden vom Autor nach bestem Wissen erstellt und von ihnen und dem Verlag mit größtmöglicher Sorgfalt überprüft. Gleichwohl sind inhaltliche Fehler nicht vollständig auszuschließen. Daher erfolgen alle Angaben ohne jegliche Verpflichtung oder Garantie des Verlages oder des Autors. Sie garantieren oder haften nicht für etwaige inhaltliche Unrichtigkeiten (Produkthaftungsausschluss). Im Text sind Warennamen, die patent- oder urheberrechtlich geschützt sind, nicht unbedingt als solche gekennzeichnet. Aus dem Fehlen eines besonderen Hinweises oder des Zeichens ® darf nicht geschlossen werden, es bestehe kein Warenausschluss.

Das Bild- und Fotomaterial stammt - soweit nicht anders angegeben - von Dr. med. Norbert Scholz.

Dr. Norbert Scholz

Prüfungsfragen für die Podologie

1. Auflage - ISBN 3-937346-05-8

Layout und grafische Gestaltung: Martina Stolzmann

Druck: Kessler Verlagsdruckerei, Bobingen

Fragen zum Thema:

1	Beruf-, Gesetzes- und Staatskunde; Psychologie/Pädagogik und Soziologie	9 34
2	Anatomie	37
3	Innere Medizin	91
4	Bewegungsapparat, Orthopädie	153
5	Dermatologie - Hauterkrankungen	219
6	Diabetes mellitus	277
7	Podologische Arbeitsmethoden und theoretische Grundlagen der podologischen Behandlung	299
	Bilaterale Fraser-Spange	299
	Theorie podologischer Arbeitsmethoden und Erkrankungen am Fuß	309
	Unguis incarnatus	311
	Nagelkorrekturmethoden	312
	Podologische Arbeitsmethoden	323
	Clavi (Hühneraugen)	342
	Behandlung der Hypergranulation in der Podologie	359
8	Hygiene	367
9	Pharmakologie	391
10	Wundbehandlung	427
	Stichwortverzeichnis	455

In der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Podologinnen und Podologen (PodAPrV) ist unter anderem festgelegt, wie viel Stunden theoretischen Unterricht (2000 Stunden), wie viel praktischen Unterricht (1000), welche Fähigkeiten vermittelt werden müssen und welche Übergangsregelungen für die gelten, die schon seit mindestens fünf, bzw. zehn Jahren medizinische Fußpflege betreiben. (Hinweis: Den Text des PodAPrV finden Sie in dem „Lehrbuch und Bildatlas für die Podologie“, Neuer Merkur Verlag, München, auf Seite 596).

Außerdem ist festgelegt, welche Fächer schriftlich, welche Fächer mündlich und was praktisch geprüft wird.

Der schriftliche Teil der Prüfung umfasst (§5 PodAPrV):

- 1) Berufs-, Gesetzes- und Staatskunde; Psychologie, Pädagogik und Soziologie.
- 2) Anatomie und Physiologie
- 3) Allgemeine Krankheitslehre und Spezielle Krankheitslehre

Der mündliche Teil der Prüfung umfasst (§6 PodAPrV):

- 1) Theoretische Grundlage der podologischen Behandlung
- 2) Spezielle Krankheitslehre
- 3) Arzneimittellehre, Material- und Warenkunde
- 4) Hygiene und Mikrobiologie

Der praktische Teil der Prüfung umfasst (§7 PodAPrV):

- 1) Podologische Behandlungsmaßnahmen
- 2) Podologische Materialien und Hilfsmittel

Aus besonderem Anlass möchte ich den Punkt 1.2 des § 7 zitieren. Hier heißt es:

(1) 2. Podologische Maßnahmen und Hilfsmittel:

Der Prüfling hat im Rahmen einer podologischen Behandlung am Patienten jeweils mindestens eine Nagelkorrekturmaßnahme sowie mindestens eine orthotische Korrekturmaßnahme durchzuführen. Dabei hat er sein Handeln zu erläutern und zu begründen.

Die PodAPrV schreibt also nicht vor, welche spezielle Nagelkorrekturmaßnahme der jeweilige Prüfling anwenden muss, auch wenn manche

Berufverbände und Schulen nur die Fraser-Spange lehren und in der Prüfung zulassen. Hier ist zu fragen, ob es in den Verbänden niemanden gibt, der auch andere Spangentechniken beherrscht oder ob die Strukturen so starr sind, dass neues Wissen keine Chance hat.

Die Ausgestaltung des Lehrplanes ist den Schulen überlassen, soweit sie sich an die Vorgaben im Gesetz halten.

Die auf den folgenden Seiten vorgestellten Fragen können nicht alle Bereiche einer solch umfangreichen Prüfung abdecken und erheben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich möchte auch betonen, dass es sich hierbei nicht um Original-Prüfungsfragen irgendeiner Podologenprüfung handelt. Wie sollte dies auch möglich sein, da das Gesetz in der jetzigen Form erst seit dem 2. Januar 2002 in Kraft ist. Bei einer zweijährigen Ausbildung könnten Originalprüfungsfragen also erst Ende des Jahres 2004 oder Anfang des Jahres 2005 zur Verfügung stehen. Alle derzeit im Umlauf befindlichen Prüfungsfragen sind also nicht nach den erst am 2. Januar 2002 in Kraft getretenen Vorschriften erstellt worden.

Die vorgestellten Prüfungsfragen sind so gehalten, dass sie entweder mündlich oder schriftlich gestellt werden können. Die Lösung jeder Frage finden Sie direkt im Anschluss an die Frage selbst, in aller Regel mit einem ausführlichen Kommentar und notwendigen Erklärungen. Das Niveau bewegt sich auf dem der heutigen Heilpraktikerprüfung, deren Schwierigkeitsgrad in den letzten Jahren der Verantwortung dieses Berufsstandes angepasst wurde. Die Art der Fragen habe ich am Curriculum des Podologengesetzes ausgerichtet. Die Zuordnung der Fragen zu den einzelnen Fachgebieten erfolgte willkürlich, da keine scharfe Trennung zwischen einigen Fachbereichen möglich ist. So finden Sie im Fachbereich „Anatomie“ Fragen, die durchaus auch in das Fachgebiet „Orthopädie“ passen, oder umgekehrt. Da jede Schule einen weiten Spielraum für die Zusammenstellung der Prüfungsfragen bezüglich des Inhaltes und des Schweregrades hat, sind auch die vorgestellten Fragen von sehr einfach bis kaum lösbar gehalten (immer unter Berücksichtigung der zweijährigen Ausbildungszeit). Die Fragen sollen Ihnen nicht beweisen, dass Sie nichts Wissen, sondern sie sollen ihnen den Mut geben noch das zu lernen, was fehlt. Die Kommentare und Lösungen der Fragen sollen Ihnen also die Möglichkeit geben, zu lernen, ohne alles noch einmal nachschlagen zu müssen.

Noch einige Tipps zu Prüfungsfragen allgemein.

Prüfungsfragen können unter anderem

- eine konkrete Antwort verlangen
- mehrere Lösungen zulassen
- oder Kombinationen von Lösungen zulassen (zum Beispiel: 2, 3 und 4 sind richtig)
- bestimmte Lösungen vorgeben
- einen Kommentar oder ausführliche Erläuterungen fordern

Die Frage kann lauten:

- was ist richtig?
- was ist nicht richtig (was ist falsch)?

Durch diese Art der Fragestellung lässt sich die Anzahl der Prüfungsfragen mit unterschiedlicher Lösung ohne großen Aufwand verdoppeln. Man muss nur das Wort „nicht“ einfügen, um eine ganz andere Lösung zu erhalten. Außerdem sind diese Fragen gefährlich, weil nur dieses eine Wort geändert wurde und man die Lösung schon zu kennen glaubt.

In aller Regel ist niemand interessiert, einen Prüfling hereinzulegen. Trotzdem können manche Fragen hinterlistig erscheinen, ohne es zu sein. In jedem Falle ist große Aufmerksamkeit notwendig.

Wenn Sie die Prüfungsfragen bekommen, gehen Sie wie folgt vor:

- Lösen Sie zuerst die Fragen, die Sie problemlos beantworten können.
- Halten Sie sich nicht länger als drei, maximal fünf Minuten mit einer Frage auf.
- Wenn Sie alle Fragen gelöst haben, die Ihnen leicht erscheinen, gehen Sie zu den nächst schwereren über.

Diese Vorgehensweise hat sich bewährt, um nicht mit einer schwierigen Frage 30 Minuten zu verschwenden und für die einfacheren Fragen, die man sicher richtig gelöst hätte, keine Zeit mehr zu haben.

Abschließend möchte ich jeden angehenden Podologen und „frisch gebackenen Podologen“ bitten, mir Prüfungsfragen zuzusenden, damit ich diese in den Fragenkatalog aufnehmen kann.

In diesem Sinne viel Spaß und Erfolg beim Raten, Lernen und Üben.

Norbert Scholz

Fragen gemäß § 5 PodAPrV, Punkt 1.1 Beruf-, Gesetzes- und Staatskunde; Psychologie/Pädagogik und Soziologie

Bei diesen Fachgebieten wird Wissen abgefragt, das nicht direkt mit der Podologie, wohl aber mit der Position eines Arbeitgebers (Unternehmers) oder Arbeitnehmers und deren Rechten und Pflichten zu tun hat. Außerdem wird geprüft, ob der Prüfling weiß, welchen gesetzlichen Bestimmungen er als künftig tätiger Podologe/Podologin unterliegt. Auch steuerliche und gewerberechtliche Fragen sowie Fragen zum Umgang mit Menschen und dem Verhalten in der Gesellschaft werden gestellt.

FRAGE 1

Wer hat für die als Berufskrankheit anerkannte Virushepatitis einer in einem Krankenhaus angestellten Raumpflegerin die Kosten der Heilbehandlung zu tragen?

- a) die Krankenkasse
- b) das Krankenhaus
- c) die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
- d) die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
- e) die zuständige Berufsgenossenschaft
- f) die vom Krankenhausträger abgeschlossene Haftpflichtversicherung

KOMMENTAR

Institution	Träger
gesetzliche Krankenversicherung	Krankenkassen (a), Seekasse, Bundesknappschaft
gesetzliche Rentenversicherung	Landesversicherungsanstalten, Bundesbahn-VA, Seekasse, Bundes-VA für Angestellte (c), Bundesknappschaft, Landwirtschaftliche Alterskasse
Versorgungswesen	Staat
Sozialhilfe	Gemeinden

Berufskrankheiten und auch die Folgen eines Arbeitsunfalls gehören gleichermaßen zu den Versicherungsfällen der Unfallversicherung. Die entstehenden Kosten tragen, die branchenspezifischen Berufsgenossenschaften, die Knappschaft sowie Eigenversicherungen der öffentlichen Hand.

FRAGE 2

Die Leistungspflicht bei anerkannten Berufskrankheiten ist geregelt in:

- a) der gesetzlichen Krankenversicherung
- b) der gesetzlichen Unfallversicherung
- c) dem Bundesversorgungsgesetz
- d) der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
- e) Keine der Aussagen (a) - (d) trifft zu.

LÖSUNG

b

Berufskrankheiten und auch die Folgen eines Arbeitsunfalls gehören gleichermaßen zu den Versicherungsfällen der **gesetzlichen Unfallversicherung**.

KOMMENTAR

Zu a: Außerberufliche Erkrankungen fallen unter die Leistungspflicht der **gesetzlichen Krankenversicherung**, soweit der Erkrankte nicht privat versichert ist.

Zu b: Ein Versorgungsanspruch nach dem **Bundesversorgungsgesetz** beruht auf der bestmöglichen Wiedergutmachung nach einem vorausgegangenen Opfer an Gesundheit oder einer anderen Benachteiligung, die die Versorgungspflicht der öffentlichen Hand begründet. (Der Text ist so gestellt, weil es sich um juristische Formulierungen handelt).

Zu d: Leistungen aus der **gesetzlichen Rentenversicherung** kommen erst nach einer zeitlichen Anwartschaft zum Tragen. Hierzu gehören die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz im Alter, von Witwe(r)n und Hinterbliebenen sowie der Erwerbsfähigkeit im Sinne von Rehabilitationsmaßnahmen. Mit anderen Worten: die Betroffenen müssen durch Beitragszahlung oder Ersatzzeiten (Bundeswehr, Zivildienst etc.) Ansprüche erworben haben.

FRAGE 3

Was verstehen Sie unter einem Arbeitgeber?

- a) Nur Aktiengesellschaften können Arbeitgeber sein
- b) Nur der Staat kann als Arbeitgeber auftreten
- c) Jeder, in dessen Diensten ein Arbeitnehmer tätig ist, zählt zu den Arbeitgebern

LÖSUNG

c

KOMMENTAR Jeder, der eine Angestellte (Angestellten) im Haus beschäftigt ist also ein Arbeitgeber, auch wenn er die Angestellte (Angestellten) nicht anmeldet. Sollte ein nicht angemeldeter Beschäftigter einen Unfall erleiden, haftet der Arbeitgeber.

FRAGE 4 Was ist ein Arbeitnehmer?

- a) Nur Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind Arbeitnehmer.
- b) Jeder, der aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages zur Leistung von Arbeit in fremden Diensten (des Arbeitgebers) verpflichtet ist (unselbständige Arbeit leistet), zählt zu den Arbeitnehmern.
- c) Nur Beschäftigte, die unter 42 Stunden pro Monat arbeiten, sind Arbeitnehmer.
- d) Nur Angestellte sind Arbeitnehmer.

LÖSUNG b

KOMMENTAR Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte, einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende).

FRAGE 5 Welche bösartigen Erkrankungen werden durch Benzol ausgelöst?

- a) bösartige Neubildungen der Blase
- b) Panmyelopathie, myeloische Leukämien (spezielle Blutkrebsarten)
- c) Bronchialtumoren
- d) Hämangioendothelsarkome der Leber
- e) Adenokarzinome der Nasenhaupt- oder Nasennebenhöhlen

LÖSUNG b

KOMMENTAR Leitsymptome einer chronischen **Benzoleinwirkung** sind Mattigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen und Magen-/Darmstörungen. Früher oder später stellt sich dann eine Schädigung der Blutbildungsorgane (Knochenmark) ein. Neben einer Depression (Störung) der Hämato- und Thrombopoese (Bildung von Blutzellen und Blutplättchen) können sich maligne (krebsförmige) Entartungen des weißen Blutbildes (v. a. akute **myeloische Leukämien**) bzw. eine **Panmyelopathie** (pan/gr. = ganz, alle; also alle Blutzellen betreffend) entwickeln.

Für den Fußpfleger hat Benzol nur eine Bedeutung, weil manche Lösungsmittel in seinem Umfeld Benzol enthalten können. Für seine tägliche Arbeit am Patienten dürfte dieses Wissen nur von untergeordneter Bedeutung sein.

FRAGE 6 Eine Mitverursachung durch Viren (Papilloma-Viren, HPV) wird insbesondere für folgende Krebslokalisation angenommen:

- a) Lunge
- b) Magen
- c) Dickdarm
- e) Pankreas (Bauchspeicheldrüse)
- f) Zervix (Gebärmutterhals)

LÖSUNG f

KOMMENTAR Als mögliche Risikofaktoren bei der Entwicklung eines **Zervixkarzinoms (Gebärmutterhalskrebs)** werden diskutiert:

1. Infektion mit menschlichen **Papilloma-Viren** (Condylomata acuminata)
2. Infektion mit **Herpes simplex-Virus Typ 2**
3. frühzeitige sexuelle Kontaktaufnahme
4. venerische Infektion (Geschlechtskrankheiten)
5. Nikotinabusus (Rauchen, weil durch Rauchen das Immunglobulin A (IGA) vermindert wird, das als Schleimhautschutzfaktor gilt)
6. Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Partnern

Diese Frage ist für den Fußpfleger nur von geringer Bedeutung. Trotzdem hat auch der Fußpfleger mit humanen Papilloma-Viren in Form von Warzen zu tun. Warzen sind kleine Hauttumoren, die durch Papilloma-Viren hervorgerufen werden. Plantarwarzen werden von den HPV-Typen (Humane-Papilloma-Virus-Typen) 1, 2 und 4, Verrucae vulgaris (normale, vulgäre Warzen) von den HPV-Typen 2 und 4 hervorgerufen.

FRAGE 7 Die Technischen Richtkonzentrationen (TRK) orientieren sich an den technischen Gegebenheiten unter Einbeziehung arbeitsmedizinischer Erfahrungen im Umgang mit den betreffenden Arbeitsstoffen, weil Technische Richtkonzentrationen

(TRK) für solche Arbeitsstoffe aufgestellt werden, die nach dem aktuellen Wissensstand mit keiner Krebsgefährdung verbunden sind.

- a) Aussage 1 ist richtig, Aussage 2 ist richtig, Verknüpfung ist richtig
- b) Aussage 1 ist richtig, Aussage 2 ist richtig, Verknüpfung ist falsch
- c) Aussage 1 ist richtig, Aussage 2 ist falsch, keine Verknüpfung möglich
- d) Aussage 1 ist falsch, Aussage 2 ist falsch, keine Verknüpfung möglich

LÖSUNG**c****KOMMENTAR**

Hier handelt es sich um einen Fragentyp, bei dem:

1. Die erste Aussage richtig, die zweite Aussage richtig und die Verknüpfung richtig sein kann
2. Die erste Aussage richtig und die zweite Aussage richtig aber die Verknüpfung falsch sein kann
3. Die erste Aussage falsch und die zweite Aussage richtig sein kann
4. Die erste Aussage richtig und die zweite Aussage richtig sein kann, aber eine Verknüpfung keinen Sinn macht
5. Hier sind nicht nur Fachkenntnisse sondern auch Kenntnisse im korrekten Gebrauch der deutschen Sprache notwendig.

Nun zu den krebgefährdenden und krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz und deren Messungen.

Für Substanzen, die mit keiner Krebsgefährdung verbunden sind, werden so genannte **MAK (maximale Arbeitsplatzkonzentrations)**-Werte angegeben. Wird diese Dosis nicht überschritten, so ist nach heutigen Erkenntnissen auch mit keiner Gesundheitsschädigung zu rechnen (Dies entspricht der Erfahrung mit dem jeweiligen Stoff. Streng genommen bedeutet das nur, dass wir bisher noch keine Hinweise auf eine Schädigung durch diesen Stoff am Arbeitsplatz haben). Für krebserzeugende Substanzen werden hingegen so genannte **TRK (Technische Richtkonzentrations)**-Werte festgelegt, da absolute Wirkungsgrenzdosen weder aus Tierversuchen noch aus epidemiologischen Daten mit genügender Sicherheit abzuleiten sind. Sie orientieren sich an den technischen Gegebenheiten (Stand der Verfahrens-, Lüftungs- und Messtechnik) unter Einbeziehung arbeitsmedizinischer Erfahrungen mit dem betreffenden Arbeitsstoff.

FRAGE 8 Welche Arten von Arbeitnehmern kennen Sie?

- a) Vollbeschäftigte Arbeitnehmer
- b) Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer
- c) Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer
- d) Arbeiter
- e) Angestellte

LÖSUNG a - e

KOMMENTAR Arbeitnehmer untergliedern sich in Arbeiter und Angestellte (Büropersonal). Sowohl Arbeiter als auch Angestellte können Teil- oder Vollzeitbeschäftigte sein. Im Jahr 2003 wurden so genannte Mini-Jobs geschaffen. Hierbei handelt es sich um Arbeitsplätze für Arbeitnehmer, deren Einkommen nicht höher als 400 € pro Monat beträgt. Steuern und Sozialversicherung übernimmt der Arbeitgeber bei diesen Beschäftigten in vollem Umfang.

FRAGE 9 Was ist ein Arbeitsvertrag?

ANTWORT Der Arbeitsvertrag begründet das Arbeitsverhältnis. Er kann mündlich oder schriftlich durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen zustande kommen (Der Arbeitgeber möchte, dass der Arbeitnehmer bei ihm arbeitet und der Arbeitnehmer möchte bei diesem Arbeitgeber arbeiten). Die Inhalte des Arbeitsvertrages werden weitgehend durch Tarifrecht geregelt, wenn nichts Anderes vereinbart ist.

FRAGE 10 Pausenindikationen (Gründe für eine Pause) sind:

- 1. Zeit für die Nahrungsaufnahme (Frühstück, Mittagessen)
 - 2. Gelegenheit zur Erholung
 - 3. Verhinderung von Ermüdung
 - 4. Arbeitszeitverkürzung
-
- a) Nur 1 ist richtig
 - b) 2 und drei sind richtig
 - c) nur 4 ist richtig
 - d) 1, 2 und 3 sind richtig

LÖSUNG d

KOMMENTAR Als **Pausenindikationen** gelten heute:

1. Zeit für die Nahrungsaufnahme (1)
2. Gelegenheit zur Erholung (2)
3. Verhinderung von Ermüdung (3)
4. Leistungssteigerung
5. Erhaltung eines genügenden Wachsamkeitsniveaus.

Definitionsgemäß werden Pausen nicht auf die **Arbeitszeit** angerechnet.

FRAGE 11 **Wodurch wird ein Arbeitsverhältnis beendet?**

- a) Nur durch die Kündigung des Arbeitgebers
- b) Nur durch die Kündigung des Arbeitnehmers
- c) Nur durch den Tod des Arbeitnehmers
- d) Das hängt von der Art des Vertrages ab

LÖSUNG d

KOMMENTAR

Zu d: Da es befristete Arbeitsverträge gibt, Kündigungsfristen und Tarifverträge, muss man meist in den Arbeitsvertrag oder Tarifvertrag schauen, um genauere Einzelheiten zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses zu erfahren.

Zu a - c: Wenn ein Arbeitnehmer verstirbt, endet auch sein Arbeitsverhältnis. Trotzdem endet ein Arbeitsverhältnis nicht „nur“ durch den Tod des Arbeitnehmers.

In den Antworten a bis c stört das Wort „nur“. Ein Arbeitsverhältnis kann natürlich durch eine Kündigung des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers beendet werden, aber eben nicht nur. Die Kündigung muss mit den Verträgen in Einklang stehen.

FRAGE 12

Wo kann der Versicherte gegen einen rechtsmittelfähigen Bescheid im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen einer Berufskrankheit Klage erheben?

- a) Amtsgericht
- b) Verwaltungsgericht
- c) Sozialgericht
- d) Arbeitsgericht
- e) Landgericht

LÖSUNG

c

KOMMENTAR

Kommt es im Rahmen eines **Berufskrankheitenverfahrens** zum Konfliktfall (Auseinandersetzung), so ist die **Sozialgerichtsbarkeit** zuständig.

Zu a: Das **Amtsgericht** ist für alle Rechtsfälle bis zum Streitwert von 5000,- € sowie der Berufungssumme von mehr als 600,- € zuständig (**Gerichtszuständigkeit** bezeichnet die Verteilung der Geschäfte unter den **Gerichten** derselben **Gerichtsbarkeit**. Sie ist im Gerichtsverfassungsgesetz und in den Prozessordnungen gesetzlich geregelt). Den Vorsitz führt ein Richter, es besteht kein Anwaltszwang (außer bei Familienrechtsstreitigkeiten).

Zu b: Bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten treffen sich die Parteien vor einem **Verwaltungsgericht**. Dabei kann es z. B. um Fragen des Polizei-, Bau- oder Klagerechts gehen.

Zu d: Das **Arbeitsgericht** entscheidet bei Rechtsfällen, in denen es im weitesten Sinne um das Arbeitsverhältnis (Lohn, Kündigung usw.) oder auch um betriebsverfassungsrechtliche Angelegenheiten geht.

Zu e: Rechtsfälle über einem Streitwert von 5000,- € bzw. der Berufungssumme von mehr 600,- € fallen in den Zuständigkeitsbereich des **Landgerichts**. Der vorsitzende Richter hat noch zwei Beisitzer, es besteht Anwaltszwang.

FRAGE 13 Welche Arten der Kündigung kennen Sie?

- a) Die außerordentliche Kündigung
- b) Die ordentliche Kündigung
- c) Die jährliche Kündigung

LÖSUNG a und b**KOMMENTAR** Wir kennen:

- a) Die fristlose oder außerordentliche Kündigung
- b) Die fristgerechte oder ordentliche Kündigung

Zu a: Die fristlose Kündigung bedarf eines schwerwiegenden Vergehens (nachhaltige Störung des Vertrauensverhältnisses: z. B. bei Urkundenfälschung durch den Arbeitnehmer oder Diebstahl).

Zu b: Die fristgerechte Kündigung regelt sich meist durch Vereinbarungen im Arbeits- beziehungsweise Tarifrecht oder den geschlossenen Arbeitsvertrag.

FRAGE 14 Wer genießt besonderen Kündigungsschutz?

- a) Schwerbehinderte
- b) Betriebsräte
- c) Schwangere
- d) Wehrpflichtige

LÖSUNG a - d

KOMMENTAR Jeder Arbeitnehmer hat einen besonderen Kündigungsschutz aufgrund des Kündigungsschutzgesetzes. Derzeit wird über eine Lockerung diskutiert, so dass es nicht sinnvoll ist, über Fristen zu reden. Darüber hinaus haben Schwerbehinderte auf Grund §§ 12 ff. Schwerbehindertengesetz noch einen besonderen Kündigungsschutz. Danach bedarf die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Schwerbehinderten durch den Arbeitgeber der vorherigen Zustimmung der Hauptfürsorgestelle.

FRAGE 15

Die Kohlenmonoxidvergiftung im menschlichen Organismus beruht auf einer

- a) Hämolyse (Zerstörung der roten Blutkörperchen)
- b) Methämoglobinbildung
- c) Hypoxie (Sauerstoffmangel)
- d) Bildung von Porphyrinkörpern (Gruppe von Farbstoffen)
- e) Anämie (Blutarmut)

LÖSUNG

c

KOMMENTAR

Die Giftwirkung von **Kohlenmonoxid** beruht auf seiner hohen Affinität (hohe Bindungsfreudigkeit; 250-mal höher als die des Sauerstoffs) zum Hämoglobin (roter Blutfarbstoff) mit einer Störung des Sauerstofftransportes und nachfolgender **Hypoxie (Sauerstoffmangel)** bis zur inneren Erstickung.

Zu a: Für eine vermehrte **Hämolyse (Auflösung der roten Blutkörperchen)** können folgende toxische (giftige) Substanzen verantwortlich sein:

- exogene (von außen zugeführte) Gifte (z. B. Anilin, Saponin, Arsenwasserstoff, Schlangengifte, Medikamente, s. Punkt „e“ usw.)
- endogene Gifte (im Körper entstehende Gifte) (z. B. im Rahmen einer Urämie = Harnvergiftung).

Zu b: Methämoglobin (= Hämiglobin) entsteht aus Hämoglobin durch die oxidative (sauerstoffbedingte) Wirkung von Anilin und weiteren aromatischen Aminoverbindungen, Nitrobenzol, Nitrolacken, Nitrosegasen, Nitroglycerin und ähnlichen Verbindungen, Sulfonamiden, Chinin oder PAS (Paraaminosalicylsäure).

Zu d: Zur exogen ausgelösten Ausscheidung großer Mengen von **Porphyrinkörpern** im Urin kommt es als Zeichen der Hämosynthesestörung (Störung der Bildung eines Blutbestandteiles) bei Lebererkrankungen sowie nach Aufnahme von Blei, Thallium oder Hexachlorbenzol.

Zu e: Zur toxisch bedingten **Anämie** (Verminderung der Erythrozytenzahl/rote Blutkörperchen) kommt es

- im Rahmen eines aplastischen Syndroms – bei chemisch bedingten Hämolysen (siehe (a))

- bei medikamentös verursachten, immunologisch bedingten Hämolyse (Chinin, PAS, Phenacetin, Sulfonamide, Penicillin u. a.) bzw. autoimmunologisch (das Immunsystem des Körpers ist gegen sich selbst gerichtet) bedingten Hämolyse (Alphamethyldopa, Mephensaminäure).

FRAGE 16**Was ist eine Probezeit?****ANTWORT**

Die Zeit, innerhalb der beide Vertragspartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) mit Einhaltung einer bestimmten Frist das Arbeitsverhältnis kündigen können. Bei einer einmonatigen Probezeit können beide Vertragspartner bis zum Ablauf des infrage kommenden Monats kündigen. Bei einer drei- oder sechsmonatigen Kündigungsfrist gibt es eine beiderseitige Kündigungsfrist von einem Monat zum Ende des Monats.

KOMMENTAR

Wenn es nicht um Prüfungsfragen geht, sollten Sie sich fachkundige Hilfe bei einem Rechtsanwalt holen.

FRAGE 17**Welches Verfahren zählt nicht zu den berufsgenossenschaftlichen Heilverfahren?**

- a) Durchgangsarzt-Verfahren (D-Arzt-Verfahren)
- b) Schwerbehinderten-Verfahren (S-Arzt-Verfahren)
- c) Heilverfahrens-Arzt-Verfahren (H-Arzt-Verfahren)
- d) Hautarzt-Verfahren
- e) Verletzungsarten-Verfahren

LÖSUNG**b****KOMMENTAR**

Die von den Berufsgenossenschaften entwickelten **Heilverfahren** dienen der bestmöglichen Behandlung und Rehabilitation von Unfallverletzten. Dazu gehören das

1. Durchgangsarzt-(D)-Verfahren (a): Durchgangsarzt (= unfallmedizinisch erfahrener Chirurg) entscheidet, ob der Verletzte kassenärztlich oder fachärztlich, ambulant oder stationär weiterbehandelt wird und leitet gegebenenfalls ein berufsgenossenschaftliches Heilverfahren ein.

2. Heilverfahrensarzt-(H-Arzt)-Verfahren (c): nur der H-Arzt ist für die Heilbehandlung zuständig. Der Durchgangsarzt hat weitergehende Befugnisse als der Heilverfahrensarzt.
3. Beratungsverfahren: Bei Bedarf steht dem behandelnden Arzt ein Facharzt beratend zur Seite.
4. Verletztenarten-Verfahren (e): Bei einer von 29 festgelegten Verletzungsarten muss der Verletzte in eines der 950 (die Zahl kann sich in Abhängigkeit von Neuzulassungen verändern) ausgewählten Krankenhäuser gebracht werden.
5. Augen- und Ohrenarzt-Verfahren: Personen mit entsprechenden Verletzungen werden schnellstens der zuständigen Facharztbehandlung zugeführt.
6. Hautarzt-Verfahren (d): Sie dient der Früherfassung und damit der Prävention (Vorbeugung) beruflich verursachter Hauterkrankungen.

Zu b: Die Feststellung einer **Schwerbehinderung** (= Grad der Behinderung > 50%) erfolgt auf Antrag des Behinderten nach **ärztlicher Begutachtung** durch das zuständige Versorgungsamt. Die Ursachen der Behinderung spielen keine Rolle, die Betrachtungsweise ist final, d. h. alle Behinderungen werden zusammen und in Bezug auf die gesamte soziale Existenz bewertet. Auch Schwerbehinderte können eine volle Erwerbsfähigkeit aufweisen (z. B. blinder Telefonist). Der Betroffene fordert beim Versorgungsamt die Antragsunterlagen an, in die er seine Erkrankungen und die Ärzte einträgt, die ihn behandeln. Das ausgefüllte Formular schickt er unterschrieben an das Versorgungsamt zurück. Dieses bittet die angegebenen Ärzte um Befundberichte oder Gutachten, die von einem Arzt des Versorgungsamtes beurteilt und bezüglich des Ausmaßes einer möglichen Behinderung ausgewertet werden. Das Ergebnis der Begutachtung teilt das Versorgungsamt dem Antragsteller mit einer Rechtsbehelfsbelehrung mit. Wenn der Antragsteller nicht mit der Begutachtung einverstanden ist, kann er innerhalb der angegebenen Frist Widerspruch einlegen.

FRAGE 18

Kurzpausen sind – bezogen auf den Zeitaufwand – besonders erholungswirksam, weil der Erholungsvorgang im ersten Teil einer Pause weiter fortschreitet als in einem späteren gleich langen Abschnitt.

LÖSUNG

Beide Aussagen und die Verknüpfung sind richtig.